

Medienmitteilung vom 30. August 2021

Thema	Debatte im Stadtrat zu Budget 2022 und Finanzplan 2022 – 2025
Für Rückfragen	Stadtrat Maurice Lindgren, Co-Fraktionschef, 079 756 37 00, maurice.lindgren@gmail.com Stadtrat Remo Sägesser, Mitglied FSU, 078 824 44 11, remo.saegesser@buero-h.ch

Der städtische Haushalt ist aus dem Gleichgewicht, und dies nicht wegen der Coronakrise. Nun handelt der Gemeinderat und steht im Budget auf die Wachstumsbremse. Auch Finanzdirektor Michael Aebersold spricht von einem strukturellen Defizit und hinterfragt damit die eigene Finanzpolitik der vergangenen Jahre. Die Grünliberalen begrüssen diese – leider spät erfolgte – Einsicht und die damit verbundene Kurskorrektur grundsätzlich.

Strukturelles Defizit trifft auf die Coronakrise – zu spät für antizyklische Finanzpolitik

Ein strukturelles Defizit liegt dann vor, wenn trotz normalem Wirtschaftsgang die Rechnungen defizitär sind. Die Stadt Bern musste zwei aufeinanderfolgende Jahre im Defizit abschliessen, beide Male lagen die Steuereinnahmen signifikant unter Budget. Dies trotz guter Wirtschaftslage - die Rechnung 2020 basierte noch primär auf dem wirtschaftlichen Jahr 2019. Damit ist der Sachverhalt klar: Die Stadt Bern hat sich aufgrund der fehlgeleiteten Finanzpolitik der vergangenen Jahre das strukturelle Defizit selber verschuldet. Das absehbare konjunkturelle Defizit ab dem Rechnungsjahr 2021 aufgrund der steuerlichen Effekte von Corona kommt für die Stadt nun zum ungünstigsten Zeitpunkt. Das strukturelle Defizit fällt mit einem konjunkturellen Defizit zusammen. Damit sind Korrekturen im Budget zwingend - denn sind die dünnen Reserven einmal aufgebraucht, droht die harte Hand des Kantons. Für eine ökonomisch wünschbare antizyklische Finanzpolitik besteht aktuell leider keinen Spielraum mehr.

Bern muss zukünftige Steuereinnahmen realistischer und transparenter berechnen

Das vom Gemeinderat vorgeschlagene Massnahmen-Paket FIT II muss als Korrektur des überbordenden Leistungs- und Stellenausbaus der vergangenen Jahre gelesen werden. Die Korrektur im Budget 2022 erfolgt grösstenteils Ausgabenseitig und gesteht damit ein, dass das Wachstum im Stadthaushalt, das sich auf zu optimistische Steuerprognosen gestützt hatte, nicht nachhaltig gewesen ist, wie die Grünliberalen bereits seit Jahren monieren. Die Stadt Bern hat damit neben dem bekannten Ausgabenproblem auch und ein Problem im Erwartungsmanagement der Steuereinnahmen. Nach einigen steuerlichen Erfolgsjahren mit Überschüssen hat der Gemeinderat die Wachstumsrate aller künftigen Steuereinnahmen zu weit nach oben angepasst und damit die erzielten Rekordeinnahmen "normalisiert". Die Grünliberalen sind aufgrund der publizierten Prognosen im aktuellen Finanzplan nicht überzeugt, dass die Korrektur bereits im richtigen Ausmass erfolgt ist und verlangen deshalb via Planungserklärung mehr Transparenz über die Berechnung der Steuerprognosen.

Wachsende Ausgaben geplant im Stadtberner Haushalt trotz Massnahmen durch FIT II

Eingegangene Verpflichtungen der Stadt Bern in den letzten Jahren, Mehrausgaben im Zusammenhang mit Kantons- und Bundesvorgaben sowie steigende Abschreibungen aufgrund der gesteigerten Investitionstätigkeit lassen die Aufwände im Vergleich zum Vorjahresbudget steigen. Die Grünliberalen akzeptieren aufgrund dieser Ursachen, dass trotz der aktuell angespannten Finanzlage das Wachstum nicht ganz zum Stillstand kommen kann. Gleichzeitig ist es den Grünliberalen wichtig zu betonen, dass auch bei FIT II grösstenteils nicht von Spar- oder Kürzungsmassnahmen gesprochen werden kann. Mit dem Budget 2022 will der Gemeinderat einige in der Vergangenheit angekündigte Ausbauvorhaben nicht umsetzen. Dieses Bild verdeutlicht sich bei genauerer Betrachtung der Massnahmen im FIT II. Es sind damit überwiegend Ausbau-Rücknahme-Massnahmen und keine eigentlichen Sparmassnahmen. Die Rhetorik, dass nicht auf Kosten der Armen gespart werden dürfe, mit der die Korrektur des Gemeinderates teilweise bekämpft wird, überzeugt nicht. Die Grünliberalen unterstützen die vorgeschlagenen Ausbau-Rücknahme-Massnahmen im Budget 2022 nahezu vollständig.

Keine Steuererhöhung durch die Hintertür – falls doch, dann nur befristet für 5 Jahre

Die versteckte Steuererhöhung durch die Einführung einer Feuerwehersatzabgabe lehnen die Grünliberalen ab und fordern per Antrag den Verzicht auf Einführung. Eine Feuerwehpflicht und eine Feuerwehersatzabgabe sind für die Stadt Bern, im Gegensatz zu anderen Gemeinden, systemfremd. Die Grösse des professionellen Feuerwehcorps kann mit einer Feuerwehpflicht nicht reduziert werden. Demnach wird die Bevölkerung nicht die Wahl haben zwischen Feuerweheinsatz und Abgabe, sie wird die Abgabe so oder so bezahlen müssen. Wenn der Gemeinderat der Meinung ist, dass der Haushalt nur mit zusätzlichen Einnahmen saniert werden kann, soll er dazu stehen und die Grösse haben, eine Erhöhung der Steueranlage vorzuschlagen. Wenn schon eine neue Steuer zur Deckung des temporären Finanzbedarfs der Stadt Bern eingeführt werden soll, dann muss diese zwingend befristet werden. Entsprechend fordern die Grünliberalen per Eventualantrag, dass die Erhebung der Feuerwehersatzabgabe zeitlich auf 5 Jahre nach ihrer Einführung zu beschränken ist.

Zustimmung zu höheren Parkgebühren – mit Antrag zur ökologischen Differenzierung

Mit der Budgetierung von Mehreinnahmen im Budget 2022 durch Verteuerung der Anwohnerparkkarten hat der Gemeinderat eine Diskussion angestossen, die nicht auf die kommende Ratsdebatte über das Gebührenreglement verschoben werden kann. Der Klimawandel ist die grösste Herausforderung unserer Generation, eine Erhöhung der Gebühren muss deshalb möglichst klimawirksam erfolgen. Für die Dekarbonisierung des motorisierten Individualverkehrs verfügt die Stadt Bern bei den Parkgebühren über einen wirksamen Hebel. Die Grünliberalen fordern daher eine de facto Verdoppelung der Gebühren für Anwohnerparkkarten, indem der neue Preis von 528.- / Jahr für Verbrenner gelten soll und der Preis für Elektrofahrzeuge auf 264.- / Jahr verbleiben darf. Bei über 13'000 Parkkarten und einem Anteil rein elektrisch angetriebener Fahrzeuge von aktuell unter 1% ist mit zusätzlichen Mehreinnahmen von knapp 3.5 Millionen Franken zu rechnen, dies gegenüber dem Vorschlag des Gemeinderates, welcher selbst bereits Mehreinnahmen in Millionenhöhe geplant hat.